



Bundes- tags- brief

Nr. 101 • Die Woche im Bundestag • 23.09.2011



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Der Papst in Deutschland – wir sagen: „Herzlich Willkommen“

Es ist eine Auszeichnung für unser Land, dass Papst Benedikt XVI. am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag gesprochen hat. Sein Aufenthalt wird dem christlichen Leben in Deutschland neue Impulse verleihen. Es ist beschämend, dass in den Reihen der Oppositionsfraktionen zum Boykott der Rede aufgerufen wird, nachdem zuvor der Einladung des Papstes zugestimmt wurde.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dagegen ist es eine ganz besondere Freude, dass Papst Benedikt XVI. in dieser Woche seine Heimat besucht. Die Union begleitet das christliche Leben in Deutschland naturgemäß besonders intensiv. Wir verstehen uns nicht als politischer Arm der christlichen Kirchen, sind ihnen aber eng verbunden.

Der geistige Fixpunkt unseres Handelns ist und bleibt auch in Zukunft das christliche Menschenbild. Seinen Werten, der Würde und Freiheit des Menschen, sind wir verpflichtet. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir in den vergangenen Monaten einen intensiven Dialog mit den Repräsentanten der Kirchen geführt. In einer Reihe von Veranstaltungen sind wir der Frage nachgegangen, welche konkrete Ausformung das christliche Menschenbild heute beispielsweise in der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder im Bereich des Lebensschutzes erfahren und wie es in konkrete politische Entscheidungen übersetzt werden kann.

Sichtbares Zeichen für verfolgte und bedrängte Christen

Mit einem stark besuchten Kongress zur Religionsfreiheit und zur Situation verfolgter Christen haben wir die „C“-Reihe am Montag dieser Woche fortgesetzt.

Lange wurde dieses Thema in Deutschland vernachlässigt. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die den Einsatz für Religionsfreiheit auf die politische Agenda gesetzt hat.

Die große Resonanz auf unseren aktuellen Kongress zeigt, dass es uns gelungen ist, das Schicksal der verfolgten Christen zu einem Thema in der Öffentlichkeit zu machen. Vertreter beider großen Kirchen loben dieses Engagement. Unsere Gäste haben über die Probleme in Indien, Nigeria und im Nahen Osten berichtet.

Besonders eindrücklich war die Schilderung der Ordensschwester aus Damaskus, die über die verzweifelte Lage der Irakflüchtlinge in Syrien berichtete. Viele der irakischen Christen haben das Gefühl, in einer Sackgasse gefangen zu sein. Sie können nicht zurück in den Irak, weil es für sie dort keine Sicherheit gibt, und auch in Syrien, wo die Lage sich täglich zuspitzt, haben sie keine Zukunft. Auch Berichte aus Nigeria und Indien zeigen, wie unsicher die Lage für viele Christen dort ist, wo sie als Minderheiten leben. Es wurde aber auch deutlich, dass sich unser Einsatz lohnt und von den Bedrängten und Verfolgten vor Ort als Ermutigung verstanden wird.

Die CDU/CSU-Fraktion wird sich im Deutschen Bundestag weiter dafür einsetzen, dass der Einsatz für Religionsfreiheit ein wichtiger Teil der wertegeleiteten Außenpolitik bleibt.

Arbeitsmarkterfolg ist uns Ansporn und kein Ruhekissen

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen Monaten unter die 3-Millionen-Marke gesunken. Zum ersten Mal verzeichnen wir nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Insbesondere

für Menschen, die bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg.

Auf diesem Erfolg werden wir uns nicht ausruhen. Deshalb gehen wir nach der Reform der Jobcenter und der Reform des Leistungsrechts in dieser Woche mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt die dritte große Baustelle an.

Im Zentrum unserer Bemühungen steht dabei, durch eine wirkungsvollere Förderung arbeitssuchende Menschen schneller wieder in Lohn und Brot zu bringen. Gleichzeitig ordnen wir in der Grundsicherung für Arbeitsuchende den Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung neu. Eine gute Arbeitsmarktpolitik verlangt, Arbeitsuchende mit genau der Maßnahme zu unterstützen, die der individuellen Situation am besten entspricht. Deshalb schaffen wir mit dem Gesetz nicht zuletzt mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort.

Terroristische Strukturen zerstören

Deutschland steht auch zehn Jahre nach dem 11. September 2001 weiterhin im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Am 2. März 2011 wurde auf dem Frankfurter Flughafen der erste islamistische Anschlag auf deutschem Boden verübt. Mehrere Anschläge wie jene der „Kofferbomber“, der „Sauerlandgruppe“, der „Düsseldorfer Zelle“ sowie jüngste Anschlagpläne in Berlin wurden verhindert.

Die christlich-liberale Koalition setzt alles daran, die Menschen in unserem Lande vor Anschlägen zu schützen. Oberstes Ziel ist es, terroristische Strukturen zu erkennen und zu zerstören.

Deshalb haben wir in dieser Woche drei wichtige Vorhaben beraten: Mit der Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze geben wir unseren Sicherheitsbehörden die notwendigen Instrumente an die Hand, um Terrorpläne aufzudecken. Die Einrichtung der Visa-Warndatei hilft zu erkennen, ob jemand aus dem terroristischen Umfeld nach Deutschland einreisen möchte. Die weitere Optimierung der Geldwäscheprävention dient der Verhinderung der Terrorismusfinanzierung.

Damit werden wir auch künftig in der Lage sein, Terroristen mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten. Deutschland ist ein weltoffenes Land.

Wer aber unserer Gesellschaft feindlich gesinnt ist, gegen den gehen wir mit aller Härte vor.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit - Deutschland unter den besten Zehn

Im aktuellen Wettbewerbsfähigkeitsreport des Weltwirtschaftsforums belegt die Bundesrepublik Rang 6 von 142 untersuchten Ländern. Die deutsche Wirtschaft profitiert dabei vor allem von einer außergewöhnlich guten Infrastruktur. Die Bundesrepublik erreicht hier weltweit den zweiten Platz. In den Feldern „Entwicklungsgrad der Unternehmen“ und „Innovationen“ steht Deutschland auf Rang vier. Die Produktionsverfahren seiner Unternehmen entsprechen dem neuesten Stand und nicht einmal eine Handvoll Länder investiert mehr in Forschung und Entwicklung. Als Schwachstelle benennt das Weltwirtschaftsforum den Arbeitsmarkt, hier landet Deutschland lediglich auf Rang 64.

(Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Köln)

Deutsche Hochschulen bei ausländischen Studenten beliebt

Der Anteil von Studierenden aus dem Ausland lag in Deutschland im Jahr 2009 mit 9% deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 6%. Im Saarland (18%), Berlin und Bremen (jeweils 13%) gab es die höchsten Anteile an ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten.

Dagegen fielen die entsprechenden Quoten für die neuen Länder relativ gering aus – Brandenburg erzielte mit 10% Studierender aus dem Ausland noch den höchsten Wert, die niedrigsten Anteile hatten Thüringen (6%) sowie Mecklenburg-Vorpommern (5%).

Besonders attraktiv waren deutsche Hochschulen für Studierende aus China. Sie belegten mit 12% den Spitzenplatz in der Gruppe internationaler Studierender. Vor allem in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Sachsen waren chinesische Studierende stark vertreten.

Die neben China größte Gruppe internationaler Studierender kam aus osteuropäischen Staaten, nämlich der Russischen Föderation, Polen und Bulgarien (jeweils 5%).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)